

# ÄRZTE ZEITUNG



DIE TAGESZEITUNG FÜR ÄRZTE

AG/SAMSTAG 12./13. APRIL 2002

D 8877 NR. 68 JAHRGANG 21

ZB MED



## Schlimmer als die Angst vorm Elfmeter

Experten befürchten, daß Demenzkranke und ihre Angehörige aus Angst der Ärzte vor Regressen außen vor bleiben. Niedergelassene sollen jetzt beraten werden.

GESUNDHEITSPOLITIK 6



## Steuererklärung online hilft Fiskus

Die digitale Unterschrift unter die Steuererklärung wird bald möglich sein, doch dem Finanzamt müssen weiterhin wichtige Belege eingereicht werden.

WIRTSCHAFT 13



## Begleitung statt Sterbehilfe

„Das Sterben und seine Umstände bereiten mehr Sorgen als der Tod“, sagt der Theologe Michael Herbst aus Greifswald. Er plädiert für die Palliativmedizin.

KULTUR/GESELLSCHAFT 15

## DES TAGES Bestellung kann Patienten binden

Setzen Sie als niedergelassener Arzt nicht voraus, daß Ihre Patienten den Organisationsplan und die Arbeitsabläufe Ihrer Praxis kennen. Fordern Sie Ihre Helferinnen daher auf, Ihre Patienten zu informieren. Ältere Patienten, die zum ersten Mal Ihre Praxis besuchen, sollten stets von einer Arzthelferin in den jeweiligen Räumen begleitet werden, damit sie nicht unsicher und verunsichert werden. Die Patienten danken Ihnen.

Leserin, lieber Leser,  
Auf jeder Seite finden Sie jetzt täglich den  
Tages – einen nützlichen Hinweis  
zur Arbeit in der Praxis für die Abrech-

# Schmidt erteilt allen radikalen Reformplänen eine klare Absage

KV-Monopol bleibt / Industrie-Marketing und Apothekenrabatte im Visier

**BERLIN (HL).** Für eine behutsame Weiterentwicklung des solidarischen Gesundheitssystems durch Wettbewerb um Qualität und eine Flexibilisierung des Vertragsrechts hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt gestern vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin plädiert.

Die zuvor bekanntgewordene Einigung von CDU und CSU zu einer Gesundheitsreform, die eine Kombination von Grund- und

Spezialleistungen, die Qualität der Versorgung soll durch Behandlungsleitlinien verbessert werden. Ein staatliches Institut soll Innovationen bewerten, nicht mehr die Selbstverwaltung

und Belastung der Kranken.“ Dies passe zur Klage Bayerns gegen den Risikostrukturausgleich und führe zur Entsolidarisierung. Dem setzt Schmidt eine vorsichtige Reform entgegen: Die GKV-Finanzien sollen durch eine Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze gestärkt werden.

verträge für spezialisierte Leistungen sollen nebeneinander möglich sein. Die freie Arztwahl wird nicht angetastet. Die Patientenkarte soll freiwillig eingeführt werden. In der Arzneimittelversorgung sollen starre Strukturen – ausdrücklich nannte Schmidt die Preisbindung, die Vertriebswege und die Rabattvorteile von Apothekern – überwunden werden. Die Marketingaktivitäten der Hersteller bei den Ärzten sollen von einem Institut beobachtet werden.

Die Qualität der Versorgung soll durch Behandlungsleitlinien verbessert werden. Ein staatliches Institut soll Innovationen bewerten, nicht mehr die Selbstverwaltung



DT. ZENTRALBIBLIOTHEK ZEITSCHRIFTENSTELLE 041441  
JOSEPH-STELZMANN-STR. 9 50931 KÖLN  
2.491 14